

I. Vorlage

- zur Beschlussfassung
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1							
2							
3							

Betreff

Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 10.05.2011
 Bericht der Verwaltung zum Klimaschutzfahrplan 2010/2020 der Stadt Fürth

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen

Beschlussvorschlag

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen einen Bericht über die Einhaltung des Klimaschutzfahrplans der Stadt Fürth für das Prognosejahr 2010 zu liefern, wird angesichts des kurzen Zeitraums seit Erstellung, sowie des hohen Arbeits- und Kostenaufwandes abgelehnt. Dem Umweltausschuss wird jedoch jährlich der Energiebericht der Verwaltung über energierelevante Maßnahmen der Kommune, sowie die Solarbilanz des Solarbeauftragten über die Entwicklung der Photovoltaik- und Solarthermieanlagen im Stadtgebiet vorgelegt. Darüber hinaus soll dem Umweltausschuss auch bei Einzelmaßnahmen von Tochtergesellschaften der Stadt, (bspw. dem Energieversorger infra, oder der städt. WBG) über klimarelevante Auswirkungen berichtet werden.

Sachverhalt

Der Klimaschutzfahrplan 2010/2020 fußt auf umfangreichen Daten die im Bericht in über 100 Tabellen und Abbildungen analysiert und auf dem Prognosezeitraum 2010/2020 aufgrund allgemeiner Annahmen hochgerechnet wurden. Bei einer Evaluierung des Klimaschutzfahrplanes mussten sämtliche Daten (Energieverbrauch, der Verkehrsentwicklung, der Einwohnerentwicklung, der Neubautätigkeit, sowie von Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand, die Wärmebedarfsentwicklung u.v.a mehr), für die letzten zwei Jahre erfasst und ausgewertet werden. Erst auf dieser Basis könnte eine Bewertung erfolgen, inwieweit die empfohlenen klimarelevanten Maßnahmen auch tatsächlich CO₂ wirksam geworden sind. Insbesondere für den Bereich von privaten Energieverbrauchern, sei es im Bereich gewerblicher oder privater Haushalte stehen diese Daten den Kommunen zumeist nicht zur Verfügung, deren Erfassung würde daher einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern.

Eine kurzfristige, d.h. in Ein- oder Zweijahresabständen durchgeführte Evaluierung der Klimaschutzziele kann sich daher ausschließlich auf kommunale Maßnahmen beschränken. Eine Berichterstattung in diesem Sinne erfolgt bereits durch das Baureferat über den alljährlichen Energiebericht, der umfassend über Energiespar- und Effizienzmaßnahmen, bei Neubauten oder Sanierungsmaßnahmen, sowie bei der Anwendung erneuerbarer Energien informiert. Ebenso enthält die alljährliche Solarbilanz der Stadt detaillierte Angaben zum Ausbau der PV sowie der Solarthermie im Stadtgebiet und die damit verbundene CO₂-Reduzierung. Auch die Vorlagen über einzelne Energieprojekte, wie bspw. der infra zu dem im Bau befindlichen Bioenergiezentrum enthalten konkrete Angaben zu den damit einhergehenden CO₂-Reduktionen.

Eine darüber hinausgehende und umfassende Evaluierung der Ziele und Maßnahmen des Klimafahrplans erscheint aufgrund der eingangs genannten Datenfülle die dabei zu bearbeiten ist, allenfalls in Zeitintervallen von 5 Jahren (wie auch im Klimaschutzfahrplan selbst vorgesehen) sinnvoll. In den allermeisten Fällen müssen derartige Berichte fremdvergeben werden, wobei nicht unerhebliche Kosten (Mindestumfang von 11.000 Euro) anfallen, ganz abgesehen davon, dass die Kommune die entsprechenden Datengrundlagen erbringen muss.

Letztlich sind klimarelevante Maßnahmen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit mittel- bis langfristig zu betrachten, da beginnend von Aktivitäten einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerberatung, bis zur letztlichen Umsetzung einzelner Maßnahmen ein erheblicher Zeitraum verstreicht. Schließlich sind konkrete klimaschonende Maßnahmen, bspw. bei der energetischen Gebäudesanierung, aber auch bei der Anwendung erneuerbarer Energien kostenintensiv.

Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Gesamtkosten €		jährliche Folgekosten <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja €	
Veranschlagung im Haushalt <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja bei Hst.		Budget-Nr.	im <input type="checkbox"/> Vwhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm liegt vor: <input type="checkbox"/> RA <input type="checkbox"/> RpA <input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>		Beteiligte Dienststellen:	
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. BMPA/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III. Ref. III/Upl

Fürth, 19.05.2011

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in: Herr Gerdenitsch	Tel.: 1250
--	---------------